

ABRÜSTEN STATT ~~AUFRÜSTEN~~

Eine Übersicht über Rüstungsausgaben und Rüstungspolitik

-Stand Juli 2018-

Inhaltsverzeichnis

- Rüstungsausgaben in Deutschland aktuell
- Das 2%-Ziel
- Rüstungsausgaben 2017 weltweit
- Europa und die EU
- USA
- NATO-Verteidigungsausgaben
- Aufruf "abrüsten statt aufrüsten"
- Wo wird das Geld stattdessen gebraucht?
- Was kann man tun?
- Vergleichswerte und Fallbeispiele

Rüstungsausgaben in Deutschland aktuell

- Rüstungsetat 2018: 38,52 Milliarden Euro
 - Steigerung um vier Prozent gegenüber 2017
 - Zweitgrößter Posten nach dem Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
 - 11,2 Prozent des Gesamthaushalts
 - 1,24 Prozent des BIP
- 2019 ist eine weitere Steigerung auf 42,9 Milliarden Euro geplant
- Bundeskanzlerin Merkel hat eine Erhöhung auf 1,5% des BIP bis 2024 zugesagt – mit dem 2%-Ziel droht noch mehr

Das 2%-Ziel

- 2004 vereinbart: alle NATO-Mitgliedsstaaten sollen ihre Rüstungsausgaben bis 2024 auf 2% des BIP steigern
- Für Deutschland bedeutet dies, je nach Berechnung, eine Steigerung der Rüstungsausgaben auf 70 bis 85 Milliarden Euro – eine Erhöhung um mindestens 30 Milliarden Euro
 - Damit würde Deutschland in Europa eindeutig am meisten für Rüstung ausgeben
 - Studie der SWP (2018): Steigerung auf bis zu 85 Milliarden Euro
- Verteidigungsministerin von der Leyen: „Wir haben das 2%-Ziel fest im Auge“; auch Außenminister Maas hat dessen Erfüllung zugesagt

Rüstungsausgaben 2017 weltweit

- Zahlen des schwedischen Friedensforschungsinstitut Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)
- 2017 wurden weltweit \$1.739 Milliarden US Dollar für Rüstung ausgegeben
 - Entspricht 2,2 Prozent des globalen BIP oder \$230 pro Person
- Die USA haben mit \$700 Milliarden mit Abstand am meisten ausgegeben
 - Platz 2: China mit \$228 Milliarden
- Deutschland lag mit \$44,3 Milliarden weltweit auf Platz 9
 - Platz 4 in Europa hinter Russland, Frankreich und Großbritannien

Europa und die EU

- Europäische Rüstungsausgaben 2017: \$342 Milliarden → 20 Prozent der weltweiten Ausgaben
 - Zuletzt starker Anstieg der Ausgaben in Zentraleuropa, leichter Anstieg in Westeuropa und starker Rückgang in Osteuropa
- PESCO (Permanent Structured Cooperation)
 - Verstärkte militärische Zusammenarbeit von 25 EU-Staaten
 - Erster Schritt zu einer europäischen Armee
- PADR (Preparatory Action on Defence Research)
 - Neues militärisches Forschungsprogramm der EU
 - 90 Millionen Euro bis 2020 → nur der erste Schritt zu einem europäischen Verteidigungsfonds von geschätzt 40 Milliarden Euro für die Erforschung und Entwicklung von militärischer Ausrüstung in den nächsten zehn Jahren
 - U.a. Erforschung autonomer Waffensysteme

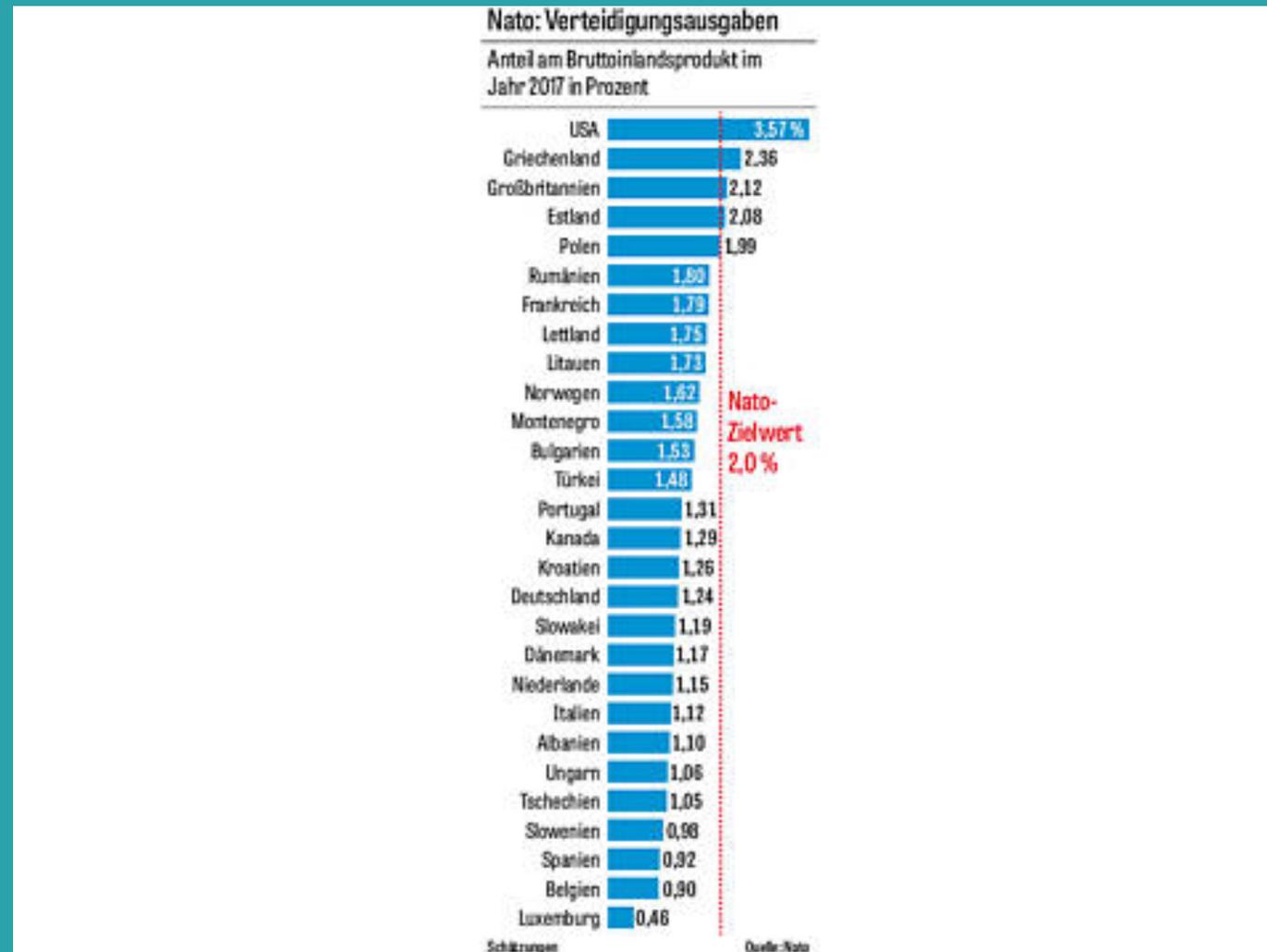
USA

- Die USA geben mit Abstand am meisten für Rüstung aus
 - 2017: \$700 Mrd. (3,57% des BIP) → mehr als ein Drittel der weltweiten Ausgaben
 - 2018 (Prognose): \$800 Mrd.
- Nach 2010 wurden die Ausgaben kontinuierlich gesenkt, jetzt wieder ein Anstieg
- Trump hat auf dem NATO-Gipfel 2018 das Ziel von 4% des BIP für Rüstung ins Spiel gebracht



Bildquelle: cnbc.com

NATO-Verteidigungsausgaben



Quelle: Frankfurter Rundschau vom 11.07.2018

Initiative "abrüsten statt aufrüsten"

Aufruf: „abrüsten statt aufrüsten“

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde!

Wo wird das Geld stattdessen gebraucht?

- Bildung
- Klimaschutz
- Infrastruktur
- Pflege
- ÖPNV
- Sozialer Wohnungsbau
- Zivile Konfliktlösung
- ...

Was kann man tun?

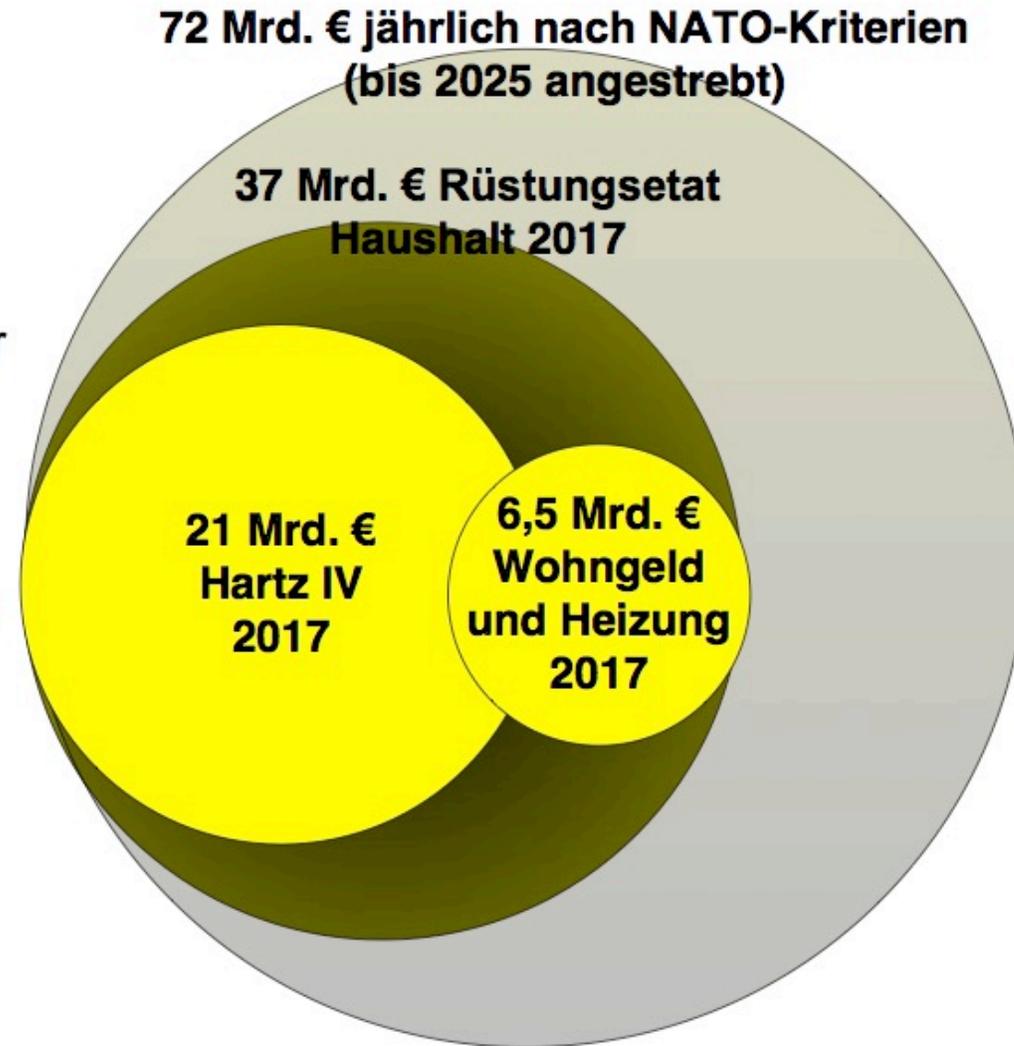
- Unterzeichnet den Aufruf online www.abruesten.jetzt und fordert Kolleginnen und Kollegen auf, es auch zu tun. Über 70.000 Unterschriften sind erst ein Anfang.
- Sammelt Unterschriften, wo ihr arbeitet und lebt. Die Listen können unter www.abruesten.jetzt zur sofortigen Nutzung herunter geladen werden.
- Jede Veranstaltung ist Aufklärung, jeder Informationsstand verbreitert unser Anliegen und hilft Unterschriften zu sammeln.
- Nutzt die nächste Friedensaktion, die nächste Demonstration und Kundgebung zur Unterschriftensammlung, viele sind interessiert und freuen sich, angesprochen zu werden.
- Helft mit in eurer Initiative, in eurer Lokalgruppe, den Basisgruppen von Parteien und Gewerkschaften für diesen Aufruf zu werben. Kein Gespräch, kein Auftritt ist umsonst, sicher auch im Sportverein, vielleicht auch in der Disco.
- Ist der Aufruf schon auf Deiner Facebook Seite, hast Du ihn schon „geliked“, deine Freundinnen und Freunde eingeladen und alle auf die Webseite www.abruesten.jetzt und die Unterschriftensammlung hingewiesen?
- Hast du den Aufruf schon auf Twitter verbreitet?
- "Du bist der Aufruf", da wo du dich engagierst, wirke für "www.abruesten.jetzt", ganz individuell, selbstbestimmt und erfolgreich.

Vergleichswerte und Fallbeispiele – eine Präsentation der Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt

Sind wir ein Sozial- oder ein Rüstungsstaat?

Millionen Menschen in Deutschland leben in sozialer Unsicherheit und existenziellen Ängsten als Empfänger von Hartz IV.

Das wäre nicht der Fall bei einer Verdoppelung dieser Zuwendungen. Die jährlichen Erhöhungen von Hartz IV bleiben aber unter 2%. Welche Sicherheit bietet die Bundeswehr?



2014 beschlossen: Agenda Rüstung

Als Bedarf für die bis 2030 geplanten Rüstungsprojekte sind mindestens 130 Mrd. Euro vorgesehen.

Quelle: www.bmvg.de

Zum Beispiel sind geplant:

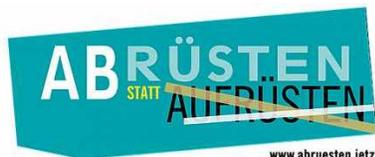
3,6 Mrd. Euro für Kriegsschiffe K 130 und zusätzliche Leopard-Kampfpanzer



Eine Alternative wäre zum Beispiel:
Erhöhung der Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau für zusätzliche 250.000 Sozialwohnungen im Jahr



Milliardenschwere Rüstungsprojekte werden meistens ohne Öffentlichkeit im Verteidigungsausschuss des Bundestages durchgewunken. Öffentliche Debatten gibt es aber hierzulande darüber, wie man Geld gegen die dramatisch anwachsende Wohnungsnot bereitstellen kann.



Deutschland am Hindukusch verteidigen?

In Afghanistan blühen nach mehr als 15 Jahren Bundeswehrpräsenz nur die Mohnfelder. Ansonsten gibt es Millionen Binnenflüchtlinge und Fluchtbewegungen nach Europa. Mit einem Bruchteil der Gelder für Bundeswehr-Auslandseinsätze wäre Afghanistan heute ein Land mit Wohlstand für alle.

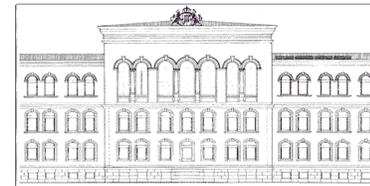


**Die Auslandseinsätze der Bundeswehr
haben laut BMVg seit 1992
knapp 21 Milliarden Euro gekostet.**

Notwendig wären z.B. in Deutschland:

Sanierung von Schulgebäuden:

Bedarf mindestens 30 Mrd. Euro



Elektrifizierung des Bahn-Schienennetzes:

Bedarf mindesten 20 Mrd. Euro



Weltweite Ausgaben - wofür und warum?

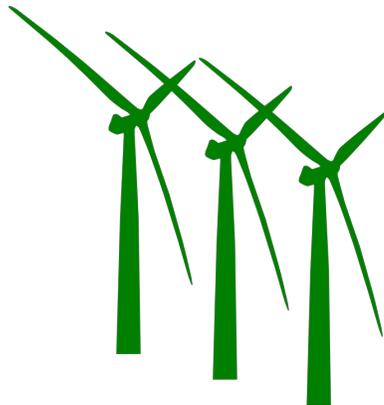


2016: **1,7 Billionen US \$**
für Rüstungsausgaben

Anteil NATO-Staaten: 921 Mrd. US \$

2016: **242 Mrd. US \$**

für erneuerbare Energien



Deutschland 2016:

37 Mrd. € (41 Mrd. US \$)

für Rüstungshaushalt,

14 Mrd. € (16 Mrd. US \$)

für erneuerbare Energien

Quellen: SIPRI-Jahrbuch, Agentur für erneuerbare Energien



Rüstungsausgaben: für Tod, Zerstörung und existenzielle Unsicherheit, zum weltweiten Zugriff auf *fossile Energieträger*.

Erneuerbare Energien: für eine saubere und lebenswerte Umwelt, Klimaschutz und zur Vermeidung von Kriegen um *fossile Energieträger*.

Militärische Infrastruktur oder ÖPNV-Nulltarif?

30 Mrd. Euro p.a. mehr für die Rüstung gemäß NATO-Vorgaben

u.a. um die militärische Infrastruktur für schnelle Truppenverlegungen nach Osteuropa zu schaffen (Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen Mobilität)



Alternativ: 15 Mrd. Euro p.a. für sozial-ökologische Verkehrswende

Was der Nulltarif im ÖPNV kosten würde:

13 Mrd. Euro durch Wegfall der jährlichen Einnahmen bei öffentlichen Verkehrsunternehmen durch ÖPNV-Nutzer

2 Mrd. Euro durch zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV für ein erhöhtes Fahrgastaufkommen

Was der Nulltarif im ÖPNV bringen würde:

- weniger Tote durch Luftverschmutzung
- weniger Lärmbelastung und Gesundheitsschäden durch Straßenverkehr
- finanzielle Entlastung unterer Einkommensgruppen
- mehr öffentlich nutzbare Flächen in Innenstädten statt Pkw-Parkflächen

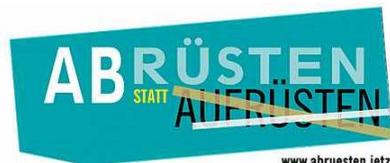


Foto: Screenshot von Video Militärtransport am Hbf Erfurt,
Quellen: ÖPNV-Kosten gemäß VDV, vorzeitige Todesfälle durch
Luftverschmutzung EU-weit: 400.000 p.a. nach EU-Kommission

Mehr Geld für Kriegs- oder Gesundheitsdienste?

Vorgesehen sind: 30 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für die Aufrüstung gemäß NATO-Vorgaben (2% von BIP)

u.a. um für „weltweite Verantwortung“ verstärkt Auslandseinsätze vornehmen zu können.



Nicht vorgesehen sind: 5 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für bedarfsgerechte Pflege und angemessene Bezahlung

In Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulant sind 1.1 Millionen Menschen beschäftigt, zumeist schlecht bezahlt und völlig überlastet. Aktuell fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte. In einigen Jahren könnten sogar mindestens 200.000 zusätzlich gebraucht werden.



designed by freepik.com



Quellen:

730.000 Beschäftigte in Krankenhauspflege, 355.000 Beschäftigte in ambulanter Pflege (inkl. Hohen Teilzeit-Beschäftigtenanteil). ver.di fordert 70.000 zusätzliche Pflegestellen in Krankenhäusern. Deutscher Pflegerat: mind. 50.000 Stellen in Krankenhäusern und 50.000 in Langzeitpflege als Sofortprogramm. Expertenrechnung: Bedarf von 100.000 in Krankenhäusern. Eine examinierte Vollzeit-Pflegekraft kostet 50.000 Euro Arbeitgeberbrutto.

Kontakt

- Initiative abrüsten statt aufrüsten, c/o IALANA, Marienstr. 19/20, 10117 Berlin
- <https://www.abruesten.jetzt>
- Info@abruesten.jetzt
- [Facebook.com/abruesten](https://www.facebook.com/abruesten)
- [Twitter.com/abruesten.jetzt](https://twitter.com/abruesten.jetzt)
- Tel: 030 20654857
- Bestellung von Zeitungen: <https://www.abruesten.jetzt/zeitung>
- Bestellung von Unterschriftenlisten, Aufklebern und Plakaten: <https://www.friedenskooperative.de/shop?typ=153>